UN-Beauftragter: Religionsfreiheit in Syrien und Irak retten

22. Februar 2016

München (KNA) Der Wiederaufbau in Syrien und im Irak kann nach Überzeugung des UN Menschenrechtsexperten Heiner Bielefeldt ohne Religionsfreiheit nicht gelingen.

Keinesfalls sollten „religiös homogene Kantone“ angestrebt werden, um miteinander verfeindete Gruppen zu befrieden, sagte der UN-Sonderberichterstatter über Religions- und Weltanschauungsfreiheit am Samstag bei einem Podiumsgespräch am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz. „Wenn wir den religiösen Pluralismus aufgeben, hätte der IS gesiegt.“ Man dürfe sich nicht dem Fatalismus ergeben, als könnten verschiedene Religionen nicht friedlich zusammenleben. „Es ist kein Naturgesetz, dass sich Schiiten und Sunniten hassen“, betonte Bielefeldt. Die Beziehungen beider muslimischer Glaubensrichtungen seien „systematisch vergiftet“ worden. „Wir brauchen einen innerislamischen Dialog.“ Manchmal müssten Christen dazu einladen. Es gebe gelungene Beispiele dafür, etwa in Jordanien und im Libanon.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) rief zu mehr zivilen Investitionen in der Krisenregion auf. Für die Flüchtlinge in Deutschland sei die Bundesregierung jetzt schon bereit, 25 Milliarden Euro jährlich aufzubringen. In Syrien sicherten 500 Euro das Überleben eines Flüchtlings für ein ganzes Jahr. Müller zeigte sich nach der jüngsten Syrien-Geberkonferenz in London beschämt, „dass die europäische Solidarität nicht größer ist“. Auch die Russen hätten in London „keinen Euro eingesetzt“. Mit Nachdruck widersprach der Minister der Ansicht, die syrischen Flüchtlinge wollten alle nach Deutschland kommen. 90 Prozent wollten vielmehr vor Ort bleiben, sagte er. Dabei stünden die Aufnehmenden

vor viel größeren Herausforderungen. So beherbergten in der nordirakischen Stadt Dohuk

500.000 Einwohner 850.000 Flüchtlinge. Diese seien bereit, ihre Dörfer wieder mit eigenen Händen aufzubauen. „Diesen Weg müssen wir unterstützen.“

Vian Dakhil, irakische Parlamentarierin und Sprecherin der Jesiden, rief Deutschland zu noch mehr Hilfe auf. So würden immer noch 3.000 jesidische Frauen und Mädchen von IS-Terroristen als Sklavinnen gefangen gehalten. Mehr als die Hälfte aller Jesiden im Irak sei aus ihren Siedlungsgebieten geflohen. In der Kurdenregion um Erbil sei es zwar sicher, „aber wir haben fast nichts“. Zum Teil lebten fünf Familien in einem Zelt.

Der katholische Bamberger Erzbischof Ludwig Schick sicherte den Menschen im Mittleren Osten weiterhin die Solidarität der Kirchen zu. So habe die Caritas seit dem Kriegsausbruch in Syrien vor mehr als fünf Jahren 30 Millionen Euro für Flüchtlinge vor Ort eingesetzt, und zwar nicht nur für Christen.

Der syrisch-orthodoxe Weihbischof Elias Toumeh sagte, er werde seine Heimat nicht verlassen, solange

dort noch ein einziger Christ lebe. Er habe gelernt, dass ein Bischof bereit sein müsse, „sich selbst zu opfern“. Das Podium zur Sicherheitskonferenz wurde von der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung zusammen mit der christlichen Gemeinschaft Sant‘ Egidio veranstaltet.

(KNA – qkmlo-89-00011)

Stand: 13. November 2026